



Antragssteller:innen: *SDS links.grün.feministisch, Juso-Hochschulgruppe*

Resolutionsantrag: Ausbilden statt Abschieben!

Leben einzeln und frei – Der Fall Serhat K. Ist kein Einzelfall!

Die landespolitische Gesetzgebung verschärft das Asylrecht sowie die Unterbringung der Geflüchteten dramatisch. Mitten in unserer Universitätsstadt Marburg droht die Abschiebung von Serhat K., der durch die Arbeit des CAF (Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge) und des Mittelhessischen Landboten unterstützt wird

Der Fall Serhat K. stellt die Frage, ob wir inmitten der offenen Marburger Universitätsstadt und Auszubildende abschieben lassen oder solidarisch zusammenrücken.

Das Student*innenparlament weist daher alle Abschiebebemühungen zurück und erklärt:

1. Wir bekräftigen den Beschluss „Marburger StuPa gegen Rechts“ vom 24.01.2024 und darin insbesondere den Abschnitt:
„Das StuPa lehnt aus diesem Grund die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verschärfungen des Asylrechts ab, explizit die im Koalitionsvertrag geplante „Rückführungsoffensive“ der Landesregierung CDU & SPD [...]“.
2. Das StuPa duldet keine Abschiebungen wie von Serhat K. inmitten aus unserer Universitätsstadt Marburg und fordert alle Ausbildungsinstitutionen und Angehörige der Hochschule ein Zeichen zu setzen für ein Bleiberecht, besonders Menschen in der (beruflichen) Ausbildung.
3. Der AStA unterstützt den CAF in Ihrem Engagement für ein Bleiberecht. Das StuPa spricht sich öffentlich für das Bleiberecht aus und beauftragt den AstA weitere Unterstützungsmöglichkeiten aus der Hochschule in Absprache mit dem CAF im Fall Serhat K. zu eruieren.

Begründung:

Besonders aus Marburg können wir nicht zusehen, wie die Früchte der rechten Politik dazu führen, dass perspektivreiche Auszubildende hier im Stich gelassen werden und abgeschoben werden sollen.

Eine detailliertere Darlegung ist von CAF zu finden: <https://mittelhessischer-landbote.de/data/documents/2024-04-09-Serhat.pdf>

Redaktionelle Anmerkung: Ohne Gegenstimmen bei Enthaltung von RCDS und LHG (Liberaler Hochschulgruppe) beschlossen.

Kurt Bunke